

V0317/22

**Errichtung einer Interimscontaineranlage am Schulstandort Oberhaunstadt;
Genehmigung des Raumprogramms zur teilweisen Auslagerung der Mittelschulen
Oberhaunstadt und Pestalozzistraße;
Programmgenehmigung
(Referenten: Herr Engert, Herr Hoffmann)**

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 13.07.2022

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass hinsichtlich offener Fragen der TOP im Planungsausschuss abgesetzt worden sei.

Herr Engert weist darauf hin, dass es sich nicht um die Projektgenehmigung handle, da noch kein Aufstellungsstandort gefunden sei. Um aber die Anschaffung der Container zu gewährleisten und keine Zeit zu verlieren, liege dieses Raumprogramm zur Beschlussfassung vor.

Nach den Worten von Stadtrat Wittmann seien die Überlegungen, wo die Container aufgestellt werden müssen, schlimm genug. Schlimmer sei es aber, dass diese über sehr viele Jahre stehen bleiben müssen. Eine Unterbringung in Containern sei für Schüler nicht die beste Situation. Bevor es keine Klärung des Standortes gebe, könne keine Beschaffung der Container erfolgen. Insofern sei die heutige Beschlussvorlage eine Vorinformation und wichtig für den Finanzausschuss. Stadtrat Wittmann hoffe auf den Zuspruch, die Schule an diesem Standort bauen zu können. Es sei ein Unding, was hier zu Lasten der Kinder passiere. Er hoffe hier voranzukommen, denn das Raumprogramm sei seines Erachtens das geringste Problem.

Es sei richtig, dass dies zu Lasten der Kinder gehe und der Unterricht in Containern bis mindestens zum Jahr 2028 nicht in Ordnung sei, so Stadtrat Köstler. Fraglich sei allerdings, wie schnell die Schule wirklich gebaut werden könne. Die vorliegende Planung habe aber nichts mit dem Bürgerentscheid zu tun. Dies sei alles Sache der Stadtplanung und der Planung der Infrastruktur, welche an dieser Stelle Lücken aufweise.

Stadtrat Achhammer fragt nach, ob für die Schüler der Pestalozzischule eine andere Unterbringung geprüft worden sei. Weiter verweist er auf die enge Situation in Oberhaunstadt. Da die Schüler in engster Situation antransportiert werden, sehe er hier große Probleme. Dies könne evtl. dadurch entzerrt werden, wenn ein Teil dieser Container in der Nähe der Pestalozzischule aufgestellt werde. Eine Überbrückung der Mittagsverpflegung könne vielleicht in Oberhaunstadt stattfinden. Diese Fragen können erst bis zur endgültigen Prüfung beantwortet werden.

Stadtrat Schäuble bedauert, dass Container benötigt werden. Allerdings seien die zu beschaffenden Container seines Erachtens in Ordnung. Die Ausführungen von Stadtrat Köstler teile er nicht. Dass das Bürgerbegehren für eine Verzögerung führe und dass Container benötigt werden, sei klar, aber es stelle sich die Frage, wie lange diese Container benötigt werden. Wenn die Planungen durch den Erfolg des Bürgerbegehrens abgebrochen werden müssen, dann bringe dies einen wesentlich längeren Zeitraum für die Aufstellung der Container mit sich. Insofern halte er es nicht für korrekt, die Verantwortung von sich zu weisen. Es könne darüber gestritten werden, ob vor Jahren etwas nicht geprüft worden sei. Dies bringe aber nun niemanden weiter. Die Frage richte sich nun auf den jetzigen Status. Alle Grundstücke seien bereits geprüft worden und es sei nicht so, dass man vor Alternativen

strotze. Stadtrat Schäuble sehe bei diesem Bürgerbegehren eine klare Verantwortung gegenüber dem Schulbau. Eine Verzögerung stehe außer Frage und insofern müssen die Kinder länger in Containern unterrichtet werden.

An Stadtrat Achhammer gewandt merkt Herr Engert an, dass es noch keinen Standort für die Container gebe. Es werden derzeit alle Möglichkeiten geprüft. Am Standort Pestalozzischule sei dies allerdings nicht möglich, da dieser Schulstandort absolut ausgelastet sei. Es können keine weiteren Flächen mit Containern bestellt werden, da ansonsten keine ausreichenden Pausenhofflächen nachgewiesen werden können. Die Grundstückssituation der Stadt sei mehr als kompliziert. Ohne Kompromisse könne die Stadt an vielen Stellen nicht weiterentwickelt werden. An dieser Stelle seien Kompromisse nötig, um eine Schule, die dringend benötigt werde, bauen zu können.

An Stadtrat Stachel gewandt teilt Herr Engert mit, dass auch ohne Bürgerbegehren Container bis zur Fertigstellung zum Jahr 28 nötig gewesen wären.

Bei dem vorliegenden Konzept handelt es sich um ein kleines Containerdorf mit Planungskosten von bis zu 900.000 Euro, unabhängig von der Dauer. Dies sei der Situation geschuldet, dass keine Schule vorhanden sei, so Stadtrat Stachel.

Stadtrat Wittmann zeigt sich über die Klarstellung von Stadtrat Schäuble erfreut. Der Zusammenhang mit dem Bürgerbegehren sei klar und auch die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Man habe immer wieder von der Alternativlosigkeit der Standortsuche gehört. Stadtrat Wittmann betont nochmals, dass kein Grundstück für den Bau dieser Mittelschule vorhanden sei. Alle in der Diskussion genannten Grundstücke seien geprüft worden. Dies bedeute, wenn der Standort in Oberhaunstadt nicht bebaut werde, wisse man nicht, wie es weitergehen solle. Man solle endlich zur Kenntnis nehmen, dass es keine anderen Standorte gebe. Wenn der Bürgerentscheid durchgehe, sei nicht bekannt, wie lange die Container stehen werden.

Hinsichtlich der Dauer für das Aufstellen der Container zitiert Stadtrat Köstler aus der Beschlussvorlage. Nach Schätzungen des Hochbauamtes handelt es sich um insgesamt sechs bis sieben Jahre. Somit sei man beim Jahr 2029. Dies sei nach seinen Worten ein Jahr länger als geplant. Die Container werden ein oder zwei Jahre länger stehen. Dies sei dann die Zeit, die man verloren habe. Man spreche über zwei Jahre, wo Schüler länger in Containern beschult werden. Zum Thema Alternativen sei es ganz klar, man spreche über das Standortthema für die Container und es werde nicht entschieden, weil kein Platz mehr vorhanden sei. Insofern könne die Entscheidung, nicht getroffen werden. Er verweist auf das beschlossene Mittelschulkonzept. Zu sagen, man treffe Entscheidungen die nicht korrekt seien, liege daran, dass man manchmal an den Voraussetzungen rütteln wolle. Wenn kein Grundstück vorhanden sei, könne auch das Mittelschulkonzept in dieser Form nicht umgesetzt werden.

Wenn der Bürgerentscheid durchgehe, stehe es in den Sternen, wann die Schule gebaut werde, da kein Grundstück vorhanden sei, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Es müsse dann bei den Grundstückseigentümern gebettelt werden, dass diese verkaufen. Wann dies zum Erfolg führe, sei völlig unklar. Selbst wenn ein Grundstück gefunden werde, können die jetzigen Planungen nicht eins zu eins übernommen werden. Man beginne dann mit dem ganzen Planungsprozess von vorne.

Die geschilderte Zeitschiene sei richtig, so Herr Hoffmann, aber diese beginne erst ab dem Zeitpunkt, wo ein Grundstück gefunden werde und nicht ab dem Zeitpunkt des Bürgerbegehrens. Insofern werde noch etliche Zeit benötigt, bis ein alternatives Grundstück gefunden und ausgewiesen werde. Ab diesem Zeitpunkt gelte dann die aufgeführte Zeitschiene.

Selbst wenn das Mittelschulkonzept an dieser Stelle geändert werde, werden Jahre vergehen, bis ein neuer Sprengel gebildet werde. Insofern werde es Jahre dauern, bis dieser Zeitplan greife. Herr Engert informiert, dass das Mittelschulkonzept im Stadtrat einstimmig beschlossen worden sei. Wenn eine gesetzliche Vorgabe für einen Ganztagsanspruch für Grundschulkindern vorliege, mache der Stadtrat einen Grundsatzbeschluss. D. h. der Stadtrat beschließe ein Konzept und die Verwaltung gehe in die Umsetzung.

Da der Standort für die Container an der Schule Oberhaunstadt noch nicht sicher sei, regt Stadtrat Achhammer, an die Ziffer zwei mit dem Wortlaut „auch andere Standorte“ zu ändern.

Herr Engert verweist auf den Wortlaut „zu prüfen“, dies erfolge derzeit intensiv.

Stadtrat Achhammer verweist nochmals auf die Ergänzung „andere Standorte“.

Herr Engert verweist auf weitere Probleme, wenn die Schule in Oberhaunstadt nicht gebaut werde. Fachräume, die die Mittelschule benötige, seien alle in der Schule Oberhaunstadt. Insofern sei die weitere Problematik der Transport der Schüler. Über ein weiteres Grundstück könne nicht gesprochen werden, da keins vorhanden sei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist auf das Thema Sportstätten hin. Dies sei am Standort Oberhaunstadt relativ leicht und unkompliziert zu regeln. Es müsse bedacht werden, dass alle möglichen Grundstücke bereits geprüft worden seien. Weitere Prüfungen seien eine Wiederholung. Bebaubare Grundstücke in der Stadt zu finden, sei kein unkompliziertes Unterfangen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.